

Heike van Hoorn

Die Schaffung einer politischen Lebenswelt

Das Antifa-Umsiedlerdorf Zinna/Neuheim in Brandenburg

I.

Die Geschichte der sudetendeutschen Antifa-Umsiedler im brandenburgischen Dorf Zinna/Neuheim ist gleichzeitig eine Geschichte der Nachkriegszeit. Wenn man die Integration von Politik in das lebensweltliche Feld der brandenburgischen Dorfgesellschaft untersuchen will, so gilt es sich zu vergegenwärtigen, dass man sich mitten in eine Katastrophensituation hinein begibt. Die Erfahrung von Tod, Zerstörung und Verlust war für die dörfliche Bevölkerung nicht etwa Folge von Naturkatastrophen oder technologischen Veränderungen, sondern unmittelbare Folge des Einbruchs der ‚großen‘ Politik in ihre Lebenswelt. Dazu gehörte auch die Ankunft der „Fremden“, die im Gesamtzusammenhang von Flucht, Vertreibung und Integration der deutschen Bevölkerung aus Ostmitteleuropa nach 1945 umgesiedelt wurden. Diese Neuankömmlinge hatten die – nach Giddens moderne – Erfahrung von „Entbettung“ im Wortsinne gemacht; sie waren aus ihren heimatlichen Sozialbeziehungen unmittelbar und gewaltsam herausgerissen worden.¹

Von jenen mehr als 800.000 vertriebenen Sudetendeutschen, die in die sowjetische Besatzungszone gelangten, bildeten die Antifa-Umsiedler eine etwa 50.000 Menschen umfassende Gruppe. Diese waren nach offizieller Lesart „von der ČSR als aktive Kämpfer gegen den Hitlerfaschismus anerkannt“ und daher „nicht gezwungen“ worden, die Tschechoslowakei zu verlassen, sondern hatten „sich selbst freiwillig für den Neu-Aufbau Deutschlands zur Verfügung“ gestellt.² Mehrheitlich handelte es sich um ehemalige Mitglieder oder Sympathisanten der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPČ) oder der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei (DSAP). Sie hatten das Privileg, bei der Auswanderung große Teile ihres beweglichen Eigentums mit sich nehmen zu können. Mit der offiziell behaupteten Freiwilligkeit war es allerdings nicht weit her. Zwar hatten sowohl das tschechoslowakische Regierungsprogramm vom April 1945 wie auch die Beneš-Dekrete Ausnahmeregelungen für staatsreue und antifaschistische Deutsche vorgesehen. In der antideutschen Stimmung der Nachkriegszeit blieben jedoch auch deutsche Hitlergegner von Diskriminierungen, Repressalien und willkürlicher Vertreibung oftmals nicht verschont. Daher hatten sich parteipolitisch organisierte Kommunisten und Sozialdemokraten an ihre deutschen Genossen jenseits der Grenze gewandt. Im September 1945 kam es zu einer Vereinbarung zwischen den Parteiführungen der Kommunistischen Parteien in der Tschechoslowakei und in Deutschland über die Umsiedlung deutscher Kommunisten und „antifaschistischer Funktionäre“ in die Sowjetische Besatzungszone (SBZ), die von der sowjetischen Militäradministration abgesegnet wurde und den Namen „Shukow-Aktion“ erhielt.³ Im Rahmen dieser Aktion wurden von Oktober 1945 bis Dezember 1946, wie erwähnt, rund 50.000 als Antifa-Umsiedler registrierte Sudetendeutsche in speziellen Transporten in die SBZ überführt. Bei der Auswahl der Transportteilnehmer wurden – den

Interessen der KPD folgend – Menschen mit kommunistischem Hintergrund bevorzugt. Viele Hitlergegner mit sozialdemokratischem Hintergrund nahmen die Chance auf die seit Frühjahr 1946 parallel verlaufende Antifa-Aussiedlung in die amerikanische Besatzungszone wahr.⁴

Die Aussiedlung der sudetendeutschen Antifaschisten in die sowjetische Besatzungszone wurde von Seiten der tschechoslowakischen Kommunisten und der Regierung propagandistisch als „freiwillige Ausreise“ mit politischem Zweck deklariert. Diese Version wurde von den sudetendeutschen Genossen in den Antifa-Ausschüssen, welche die Ausreise vorbereiteten, übernommen. So argumentierte der Reichenberger Antifa-Ausschuss, die Genossen sollten in Deutschland „die schwachen Kader der dortigen Arbeiterbewegung und den Kampf um den Sieg der Demokratie in Deutschland verstärken, und sie sollen vor allem an der Herstellung von freundschaftlich-nachbarlichen [sic!] Beziehungen zwischen dem neuen Deutschland und der ČSR arbeiten“.⁵

Als hauptamtliche Funktionäre in Partei und Verwaltungen freilich konnte und wollte die KPD in der sowjetischen Besatzungszone nur einen kleinen Teil der sudetendeutschen Genossen einsetzen. Man misstraute den politischen Auswahlkriterien der Antifa-Ausschüsse und Regierungsstellen und plante daher, den Großteil der Antifa-Umsiedler so zu verteilen, dass auf diese Weise „endlich ganze Orte und Kreise, wo wir bisher schwach vertreten waren“, durchsetzt und „neue Positionen“ erobert werden könnten, wie es der Umsiedlerbeauftragte der Parteiführung, Walter Hähnel, auf einer Sekretariatssitzung der KPD im Dezember 1945 erläuterte.⁶ Dabei betrachtete es ZK-Mitglied Franz Dahlem als besonders wichtig, „dass wir auf dem Lande die Kader haben“.⁷ Die sudetendeutschen Genossen sollten in den örtlichen Partei- oder Massenorganisationen wirken und auf diese Weise die einheimische Bevölkerung und die übrigen Vertriebenen, die aus Sicht der SED ein gefährliches Unruhepotential darstellten, politisch beeinflussen. In Form dieser ‚importierten‘ Parteikader sollten sich parteinahe Politiker also geradezu buchstäblich in die örtlichen Verhältnisse ‚einnisten‘. Für das Gelingen einer solchen Strategie war jedoch eine Reihe von Voraussetzungen unabdingbar: So mussten die Antifa-Umsiedler die in sie gesetzten Erwartungen auch erfüllen, also aufgrund ihrer mentalen sowie politisch-ideologischen Voraussetzungen die Parteiziele verkörpern. Zum anderen setzte eine Beeinflussung der Landbevölkerung gegenseitige Akzeptanz und eine erfolgreich verlaufende Integration der Fremden voraus.

II.

Am kalten Morgen des 14. Februar 1946 kam um vier Uhr früh ein Zug mit 286 Antifa-Umsiedlern im brandenburgischen Jüterbog an. Die Männer, Frauen und Kinder dieses Transportes hatten zwei Tage zuvor ihre böhmische Heimat Gablonz/Jablonec und Reichenberg/Liberec verlassen, um in Deutschland ein neues Leben zu beginnen. Die 286 Antifa-Umsiedler aus Nordböhmen kamen aufs Land, genau so wie es Franz Dahlem gefordert hatte. Sie wurden zunächst zur Quarantäne in umliegenden Kasernen untergebracht. Bereits vier Tage nach ihrer Ankunft wurde ihnen das etwa drei Kilometer nordwestlich von Jüterbog gelegene, leer stehende Dorf Zinna zur Besiedlung übergeben.

Im Jahre 1170 erstmals urkundlich erwähnt, schien die Geschichte von Dorf Zinna 1937 an ein Ende gekommen zu sein: Mitte der 1930er Jahre plante man, den Schießplatz Jü-

terbog zu vergrößern und zu diesem Zweck das Dorf zu entsiedeln und einzuebnen. So wurde Dorf Zinna 1937 geräumt und die bisher dort wohnenden Bauern finanziell entschädigt. Doch es kam anders: Das Dorf blieb stehen, weil Unterkünfte für Soldaten gebraucht wurden. Etwas später wurde ein Kriegsgefangenenlager eingerichtet. Vorübergehend zogen Rekruten und Offiziersanwärter im Dorf ein. Als dann der Krieg zu Ende war, wurde der Ort zu einem Sammellager für verschleppte Zwangsarbeiter, die auf den Abtransport in ihre Heimat warteten.

Nun also sollten die Antifa-Umsiedler hier eine neue Heimat finden. Für die Ankommen- den war der Anblick des Dorfes zunächst ein Schock. Die Häuser waren in einem katastrophalen Zustand: Halbe Dächer, Fenster und Türen fehlten. In dieser Notzeit hatten die Menschen aus der Umgebung alles entwendet, was nicht niet- und nagelfest war. Hinzu kamen der Hunger und die Übergriffe der sowjetischen Besatzungsmacht, die einige Monate später im Dorf einquartiert wurde. Der Alltag der ersten Monate ließ kaum vermuten, dass hier eine Verwurzelung möglich sein würde.

Die Dorfbewohner machten sich trotzdem an den Aufbau: Häuser wurden instand gesetzt, Brunnen freigeschaufelt und ein provisorisches Gemeindeamt eingerichtet. Eine Bodenkommission verteilte das Land, das zur Gemarkung Dorf Zinna gehörte. Außerdem entstanden 19 Neubauernwirtschaften. Es blieb auch nicht bei den 286 Dorfbewohnern des ersten Transports. Die Einwohnerzahl von Dorf Zinna wuchs rasch an. In den nächsten Tagen, Wochen und Monaten kamen weitere Antifa-Transporte hier an. Männer kehrten aus der Kriegsgefangenschaft zurück, Verwandte und Bekannte zogen zu. Auch Vertriebene aus anderen Gegenden kamen ins Dorf, so dass die Bevölkerung in kurzer Zeit 600 Personen erreichte.

Mit der exklusiven Besiedlung dieses Dorfes durch Antifa-Umsiedler und Vertriebene entstand innerhalb der brandenburgischen Umgebung eine Art Ghetto. Dieses ist in seinem Lebenszusammenhang ähnlich einzustufen wie reine Flüchtlingslager, die in ihrer sozialen Exklusivität von der Vertriebenenforschung meist als integrationshemmend bewertet werden.⁸ Auch für den politischen Auftrag, den die Antifa-Umsiedler zu erfüllen hatten, schien diese Abschottung außerordentlich hinderlich. Schließlich sollten die Antifa-Umsiedler ja nach den Überlegungen der KPD vor allem in den ländlichen Regionen der sowjetischen Besatzungszone strategisch dort verteilt werden, wo sich gefährliches ‚reaktionäres‘ Potenzial in Gestalt der einheimischen bäuerlichen Bevölkerung, aber auch der Vertriebenen sammelte. In der Tat waren Jüterbog und Umgebung nicht gerade Hochburgen revolutionären Fortschritts: Bei den Gemeindewahlen 1946 landete die SED mit lediglich 36,1 Prozent der abgegebenen Stimmen weit unter dem Provinzdurchschnitt von 59,8 Prozent. Bei den Kreis- und Landtagswahlen erlangte sie sogar weniger als ein Drittel der Stimmen.⁹ Galt das „Dorf“ seit Mitte des 19. Jahrhunderts national-konservativen oder auch links-utopistischen Bewegungen als eine ideale Gesellschaftsform, erschien es den Kommunisten in erster Linie als Relikt der Vergangenheit. Das größte Hindernis für ihre gesellschafts-politischen Ziele sahen sie im rückständigen Bewusstsein der Landbevölkerung, das durch politische Beeinflussung berichtigt werden müsse.

Die Neuankömmlinge im Dorf Zinna erlebten ihrerseits zunächst eine Integration nach innen. Diese wird von der neueren Integrationsforschung mittlerweile als wichtige Station auf dem Wege des Hineinwachsens in ein neues Umfeld betrachtet. Als migrationssoziologischer Typus der „Kolonie“ erfüllte dieser sozial exklusive „Schutzraum“ des isolierten

Dorfes die wichtige Funktion eines Durchgangsstadiums zwischen Herkunfts- und Aufnahmegesellschaft.¹⁰

III.

Eine Integration nach innen war schon deshalb notwendig, weil die Dorfgemeinschaft bunt zusammengewürfelt war und zu den nordböhmischen Antifa-Umsiedlern Vertriebene aus allen möglichen Regionen hinzukamen. Auch die Teilnehmer der Antifa-Transporte waren politisch keineswegs eine einheitliche Gruppe. Viele gelangten vor allem über persönliche Verbindungen oder aufgrund ihrer beruflichen Spezialisierung in die Transporte. Für sie bot die Antifa-Umsiedlung lediglich bessere Bedingungen einer ohnehin unvermeidlichen Auswanderung. Einen politischen Auftrag vermochten sie in ihrer Aussiedlung nach Deutschland nicht zu erkennen.

Anna Wolf etwa war mit ihrem Mann und den zwei Kindern im ersten Antifa-Transport aus Gablonz nach Dorf Zinna gekommen. Sie war zu diesem Zeitpunkt 36 Jahre alt und hochschwanger. Den Entschluss zur Umsiedlung bezeichnet sie durchaus als „freiwillig“, da ihr Mann als Facharbeiter in der Heimat hätte bleiben dürfen. Wegen der Unterdrückung der Deutschen, vor allem auch mit Blick auf die Zukunft des 16-jährigen Sohnes, hatte sich das Ehepaar zur Ausreise entschlossen. Die Einreihung in einen Antifa-Transport gelang den Wolfs aufgrund von Kontakten:

„War Ihr Mann denn politisch interessiert?“ – „Politisch? Eigentlich nicht, er war bei keiner Partei, aber für die Nazis war er nicht. Er war auch, man muss sagen, mehr Sozialdemokrat gewesen. Obwohl er bei keiner Partei war.“ – „Wissen Sie denn, warum Sie in diesem Antifa-Transport mitfahren konnten?“ – „Ja, das konnten wir, weil wir eben bei keiner Partei waren, und wie soll ich's sagen, weil wir uns haben öfters, wenn die Arbeiter so in den Vereinen etwas hatten, Gesangsverein oder so, da sind wir öfters mitgegangen. Oder wenn eine Demonstration war. Er hatte Freunde gehabt, die bei der SPD – sagen sie da, oder wir sagten: Sozialdemokraten – waren.¹¹ Da hat er Freunde dabei gehabt, aber so [politisch] war er nicht. Ein Parteibuch habe ich nicht gesehen. Erst hier, hier sind wir bei der SED gewesen. Und da musste man ja sein.“

Das Deutungsmonopol im Dorf besaßen von Anfang an die Kommunisten, Männer wie Erwin L., der erste Bürgermeister von Dorf Zinna nach dem Krieg. 1908 als Kind Gablonzer Glasspinner geboren, erlernte er selbst nach der Volks- und Bürgerschule den Beruf des Malers und Glasspinner. Von der Kinderorganisation über die kommunistische Jugend wuchs er in die Partei hinein, der er 1928 beitrug. Daneben war er Mitglied beziehungsweise Funktionär in zahlreichen Organisationen wie dem Turn- und Sportverein, der Roten Hilfe, der Roten Glasarbeiter-Gewerkschaft und der Konsumgenossenschaft. Erwin L. war einer der Leiter des ersten Transportes nach Jüterbog. Er blieb Bürgermeister von Dorf Zinna bis 1950, arbeitete dann beim Rat des Kreises Luckenwalde, beim Kreiskonsum und wurde später Geschäftsführer und Hauptbuchhalter im Werk II des VEB Gablona.¹² Lokale Funktionäre wie er vertraten das Dorf nach außen hin und übten nach innen disziplinierende Wirkung aus.

Die Antifa-Umsiedler gründeten umgehend eine Ortsgruppe der KPD, die bereits zum Zeitpunkt der Gründung 180 Mitglieder hatte. Ein Jahr später erfasste die Partei, die inzwischen zur Einheitspartei SED mutiert war, schon 50 Prozent der Wahlberechtigten im Ort.¹³ Bei den Gemeindewahlen im September 1946 entfielen 100 Prozent der Stimmen auf die einzige zur Wahl stehende Partei. Bei den Kreis- und Landtagswahlen im Oktober, als auch andere Parteien für die Dorfbewohner zur Wahl standen, waren es immer noch 93,3 Prozent. Die Gründung der einschlägigen Massenorganisationen folgte ebenfalls bald. Und selbst Frau Wolf, die sich für Politik nicht interessierte, war fünf Jahre lang Vorsitzende des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands (DFD):

„Aber damals wurde gesagt, politisch sollen wir uns da gar nicht betätigen, wir sollen mehr die Frauen zusammenhalten. Also, dass es mal ein bunter Abend wird, ein lustiger Abend wird oder so. Ich hätte ihnen ja auch politisch gar nicht viel vorsagen können. Wir haben uns eingeladen Verschiedene, die gesprochen haben. Wir haben einmal einen Zahnarzt gehabt, einmal einen Arzt, einmal Schneiderinnen. Die hatten wir uns eingeladen, und die haben uns etwas erzählt, aber sonst Politisches nichts. Also, politische Vorträge sind da keine gehalten worden, unter meiner Führung nicht.“ – „Wollten Sie das nicht?“ – „Ich, ach nein. Sie können ja nichts dagegen tun. [...] Ich meine, wir haben davon gehört von Karl Marx und so. Ja, ist auch die Lehre ein bisschen gestreift worden, aber so politisch ist das nicht gewesen, der DFD. Wir haben mehr auch für alte Leute [...] verschiedene Veranstaltungen gemacht wie Lehrertag, Frauentag, und das, das war unsere Arbeit. Politisch, dafür war ja die Dings da, die SED, die ihre Abende hatten. Wer da gehen wollte, die Partei war ja dafür da.“

In den ‚Transmissionsriemen‘ der Partei wurde zwar das Pflichtprogramm abgespult, ansonsten aber galt: Alles Politische ist privat! Gerade über diese Form der Geselligkeit aber und weil in Dorf Zinna jede Alternative fehlte – politisch, kulturell oder gar religiös –, erfolgte dennoch eine Integration der Dorfbbevölkerung im Sinne der SED. Das galt nicht nur für die ‚unpolitischen‘ Antifa-Umsiedler, sondern auch für die später zugezogenen Vertriebenen. Auch sie mussten sich in dieses sozialistische Musterdorf integrieren. Sofern sie sich diesem Deutungsmonopol unterwarfen, gab es keine größeren Schwierigkeiten zwischen ihnen und den Antifa-Umsiedlern. Die Notgemeinschaft schweißte sie zusammen. Die damals 18-jährige Elsa Vogel kam erst 1948 ins Dorf Zinna:

„Ich bin auch ‘46 rausgekommen [aus der Tschechoslowakei]. Aber wir mussten drei Monate erst unser Böses, oder was weiß ich, abarbeiten in der Tschechei, und dann, wo wir schon fast gar nichts mehr hatten, wir durften ja bloß dreißig Kilo mitnehmen, meine Geschwister waren ja noch jünger, und meine Mutter, da konnten wir ja nicht viel schleppen. Und dann haben sie uns rausgeschafft, zur Insel Usedom. Und da waren wir noch zwei Jahre und dann hatten wir wirklich nichts mehr, und dann sind wir hier hergekommen. Und hier haben wir erst wieder ‘n bisschen uns dann aufgebaut.“

Illegal, das heißt ohne Zuzugsgenehmigung, kam die Familie nach Dorf Zinna und wurde von einer Antifa-Umsiedler-Familie aufgenommen. Der Hausvater verschaffte Elsa Vogel eine Kleiderkarte und Arbeit in der Genossenschaft. An Konflikte zwischen den später zugezo-

genen Vertriebenen und den Antifa-Umsiedlern kann sie sich nicht erinnern, wohl aber an Schwierigkeiten mit den Einheimischen. Es ist zwar unwahrscheinlich, dass es nicht auch Probleme innerhalb der Dorfgemeinschaft gegeben hat, die sich aus der Konkurrenz um knappe Ressourcen und aus verschiedenen „Anrechten“¹⁴ ergaben, die aus den zu verschiedenen Zeitpunkten eingetroffenen Dorfbewohnern und wohl auch aus unterschiedlichen politischen Einstellungen resultierten. Doch im erinnernden Erzählen treten diese Differenzen zugunsten einer anderen Rekonstruktion von Vergangenheit zurück. Die „Kolonie“ wird rückblickend als eingeschworene Gemeinschaft inmitten einer feindlichen Umwelt erinnert.

Äußeres Zeichen für den Willen der politisch ambitionierten Dorfbewohner hier Flagge zu zeigen und als Ausdruck für ihr Selbstbewusstsein, sich nicht in das Alte, Dagewesene der neuen Heimat einzufügen, sondern es selbst neu zu definieren, war die Umbenennung von Zinna. Am 16. September 1949 fasste der Gemeinderat den Beschluss, das Dorf in „Neuheim“ umzubenennen. Es erhielt seinen neuen Namen amtlich im November 1951. Nicht alle freilich konnten oder mochten sich in dieses Gemeinschaftsmodell und in die sozialistische Republik integrieren. Bis zum Mauerbau wurden immerhin 68 Neuheimer republikflüchtig.¹⁵

IV.

Mochte die Integration nach innen im Großen und Ganzen ein erfolgreich erlebter Prozess sein, die Aufnahme der Neuankömmlinge durch die Einheimischen in den Orten ringsum barg dennoch ein zweifaches Konfliktpotenzial: Ein erstes Hemmnis war der Kulturschock, den Flüchtlinge und Einheimische gleichermaßen in der Anfangszeit erfuhren. Die Ankunft unzähliger Fremder veränderte die Struktur bisher vielfach noch geschlossener Sozialverbände. Die Maßstäbe ihres Handelns wurden durch die Neuankömmlinge grundsätzlich in Frage gestellt und die existenzielle Fremdheitserfahrung, die plötzlich beide Seiten in ihrem üblichen Denken erschütterte, rief notwendigerweise Abwehr hervor.¹⁶ Besonders auffällig war natürlich der fremde Dialekt. Marianne Müller, 1946 ein kleines Kind, erinnert sich an die Hänseleien ihren Schulzeit:

„Das war eigentlich auch noch eine Sache, mit der wir uns sehr von Jüterbog unterschieden haben. Ich kann mich an die Schule erinnern. Wenn wir unter uns waren, haben wir Dialekt gesprochen. Sobald ein Fremder dazu kam, spricht man Hochdeutsch. Fast wie mit einer Fremdsprache. Und wenn wir miteinander sprachen, haben wir natürlich dann unseren Dialekt gesprochen und wurden immer gehänselt. ‚Der Buus kimmt‘, haben sie immer gesagt, wenn der Bus kommt, ‚der Buus kimmt‘. Aber die haben das ‚kimmt‘ nicht kurz gesprochen, und das hörte sich dann noch schlimmer an, wenn Jüterbogger das nachgeäfft haben.“

Die damals 36jährige Anna Wolf fand darüber hinaus auch Mentalitätsunterschiede: „Wir sind vielleicht in ihren Augen nicht so genau. Und hier sind sie sehr ‚binniglich‘, kein Stein darf auf der Straße liegen, aber aufheben tun sie’s auch nicht.“ Mehr als sechzig Jahre nach der Umsiedlung wird hier in der Erinnerung immer noch die Grenze zwischen dem ‚Wir‘ und den ‚Anderen‘ gezogen. Ein solcher Mechanismus diente schon damals Einheimischen

wie Hinzugekommenen, sich durch Grenzziehungen ihrer eigenen Identität zu versichern.¹⁷ Eine solche Abgrenzung wirkte zwar zunächst spannungsverstärkend, machte aber dann den Weg frei, sich – auf der Grundlage einer sich festigenden Identität – auf die jeweils andere Gruppe einzulassen.¹⁸ Für Frau Wolf behielt diese Abgrenzung zum Zeitpunkt des Interviews offenbar immer noch eine gewisse Gültigkeit.

Der zweite konfliktrträgliche Aspekt war die politische Differenz: In Jüterbog, wo die SED bei den Wahlen 1946 noch ein stark unterdurchschnittliches Ergebnis erzielt hatte, hatten die „hundertprozentigen“ Fremden sicher wenig Sympathien zu erwarten. Hinzu kam, dass die Neuankömmlinge ihre Traditionen und Bräuche der nordböhmischen Arbeiterbewegung selbstbewusst unter die Einheimischen trugen, wie etwa bei den Feiern zum 1. Mai 1946. So erinnern sich die Zeitzeuginnen Marie Staffen und Elsa Vogel:

„Wann wir zum ersten Mal marschiert sind, da denk’ ich noch dran. Wir waren gewöhnt, zu Hause am 1. Mai mit roten Kopftüchern ausrücken, die Frauen, alle rote Kopftücher. Jetzt, natürlich, haben wir ja wollen die Tradition aufrecht erhalten. Der 1. Mai, da wurden wir ja nach Luckenwalde gefahren. Da sind wir durch Kloster¹⁹, [haben] gesungen und alle rote Kopftücher, und [es] war’n Hurra. – Da mussten wir sie wieder alle abnehmen, durften wir die roten Kopftücher nicht tragen. (lacht) Ja, das war ja dann schon die Einheit.“²⁰ – „Warum nicht? Wer hat Sie denn dazu aufgefordert die Kopftücher abzunehmen?“ – Staffen: „Ja, da waren ja Ordner und alles, ja. Und das sollte ja dann mit den Sozialdemokraten schon zusammen, ja. Ich weiß noch, wie wir durch Kloster gesungen haben und gejohlt haben. Die waren ganz erschrocken die Leute, was da los ist. Wir hatten da solch einen Kampfgeist bei uns. Ja, das war was. [...]“ – Vogel: „Das kannten die ja hier nicht. Da war dann ein bisschen so ein Gegeneinander.“ – Staffen: „Da waren die aufgeschreckt, denn die waren ja alle sehr national von Hitler eingestellt, und darum hieß es ja immer, wir sind das ‚rote Dorf‘. Hieß es immer.“

Dieser 1. Mai 1946 macht deutlich, dass es nicht nur die antisozialistischen Einheimischen waren, die auf die „roten“ Neuheimer mit Verstörung und Ablehnung reagierten. Auch die Sozialdemokraten, mit denen sich die KPD erst wenige Tage zuvor zur SED vereinigt hatte, sollten durch die Zurschaustellung des revolutionären und klassenkämpferischen Pathos nicht verschreckt werden, hatte man sich doch auf einen „besonderen deutschen Weg“ zum Sozialismus geeinigt.

Das Verhalten der sudetendeutschen Antifa-Umsiedler hingegen musste für die Einheimischen als das erscheinen, was es – neben guter alter Tradition – auch war: Zeichen eines politisch-kulturellen Führungsanspruchs der Fremden, gegen den man sich zu wehren hatte. Gegen die Zumutung einer solchen „Kolonialisierung“ ihrer Lebenswelt durch die „Agenten“ der neuen Politik, die hier buchstäblich im Dorf installiert wurden, regte sich Widerstand der Einheimischen.

Und da hatten die Alteingesessenen zunächst immer noch die besseren Karten. So kam es, dass die Neuankömmlinge in bestimmten Geschäften in Jüterbog nicht bedient wurden, oder es blieben die Türen auf den umliegenden Höfen versperrt, wenn Neusiedler nach Geräten zur Frühjahrsbestellung fragen wollten. Nur wenige Bauern gewährten den Umsiedlern Hilfe, um die vollkommen verunkrauteten Felder für die Frühjahrsbestellung vorzubereiten.²¹

Wenn die Antifa-Umsiedler hier eine politische Beeinflussung der Region im Sinne der SED leisten sollten, dann stand ihnen noch einiges an Arbeit bevor. Dazu aber war es auch nötig, dass der klassenkämpferische Elan gedämpft wurde, schließlich gab es unter den sudeutschen Genossen durchaus ‚sektiererische Tendenzen‘, wie Anna Wolf beobachtete:

„Na ja, es gab Leute darunter in unserem Dorf, das waren aber nicht viele, aber so fünf, sechs, die alles am liebsten russisch gemacht hätten. Und das ist den Leuten hier in Jüterbog vielleicht aufgefallen und darum ist das so geworden. [...] Aber das waren nicht viele, das waren so zwei, drei solche.“ – „Aber es gab schon so ein paar Leute, so zwei, drei, die das wollten?“ – „Aber die so richtige, wir wollen sagen, echte Kommunisten waren. Aber sie haben sich auch beruhigt.“

V.

Für die Integration des größten Teils der Antifa-Umsiedler innerhalb der brandenburgischen Umgebung erwies sich letztlich der Erfolg der von den Antifaschisten gegründeten Glas- und Schmuckindustrie, des späteren VEB Gablona, als entscheidender Faktor. Die Mehrheit der Teilnehmer des ersten Antifa-Transportes, der nach Dorf Zinna gekommen war, stammte aus der Gegend um Gablonz an der Neisse. Diese Region war die traditionelle Heimat einer weltbekannten Glas- und Schmuckindustrie. In ihr waren fast 40.000 Menschen beschäftigt gewesen, 88 Prozent davon Deutsche.²²

Auch unter den Teilnehmern des ersten Antifa-Transportes in Dorf Zinna befanden sich 55 Facharbeiter dieses Industriezweiges.²³ Sie machten sich daran, die Glas- und Schmuckindustrie in der neuen Umgebung aufzubauen. Bereits wenige Wochen nach ihrer Ankunft gründeten einige im April 1946 die „Produktions- und Handelsgenossenschaft für Glas- und Bijouterie-Industrie e.G.m.b.H.“, deren erstes Produkt 6.000 Glasplaketten für den 1. Mai 1946 waren.²⁴ Trotz des chronischen Mangels an Material, Werkzeug und Kapital entwickelte sich die Genossenschaft ziemlich erfolgreich. Bereits 1948 erhielt sie ihren ersten Exportauftrag.²⁵ Mit ihr wurde Dorf Zinna zu einem der drei Schwerpunkte der Gablonzer Industrie in der sowjetischen Besatzungszone, neben der ebenfalls im April 1946 gegründeten Genossenschaft der „Harzer Glas- und Schmuckwarenindustrie“ in Quedlinburg und der bereits seit Dezember 1945 bestehenden „Bijou Schmuck- und Glaswaren GmbH“ im thüringischen Gotha.

Mit den Umsiedlergenossenschaften, deren Gründung durch die Umsiedlerbürokratien gefördert wurde, verbanden sich nicht nur wirtschaftliche, sondern auch assimilationspolitische Hoffnungen und Ziele. Deshalb legten die Umsiedlerverwaltungen großen Wert auf die Beschäftigung von Einheimischen in den Genossenschaften. In ihrer Antwort auf eine Erhebung der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler über die „sozialpolitische Lage“ der Umsiedler-Genossenschaften vom April 1947 hatten die Genossenschafter in Dorf Zinna freilich diesbezüglich noch nicht viel vorzuweisen. Sie betonten jedoch, dass man versuche, die „Verschmelzung“ mit der eingewohnten Bevölkerung zu beschleunigen. Selbstbewusst fügten die Schreiber des Berichts hinzu: „Die mit der Genossenschaft aufgebaute Industrie soll vor allem der industriearmen Gegend neuen Aufschwung verleihen und den durch die Entmilitarisierung Jüterbogs entstehenden Arbeitslosen Arbeit und Brot geben.“²⁶ Freilich:

Ende Dezember 1947 waren unter den 266 Beschäftigten der Genossenschaft immer noch keine Einheimischen.²⁷

Vor allem die SED befürchtete die Entstehung von Parallelgesellschaften und die unkontrollierbare Selbstorganisation der Vertriebenen im Rahmen der Umsiedler-Genossenschaften. Zwar förderte sie diese zunächst, drängte jedoch auf staatliche Kontrolle. Dies war gerade im Falle der Gablonzer Industrie schwierig zu erreichen. So bezweifelte der Umsiedlerbeauftragte Wagner der SED in der Provinz Sachsen, dass sich ein größerer Einfluss der Gemeinden oder anderer öffentlicher Körperschaften in den Genossenschaften erreichen lassen würde: „Ich weiß nicht recht, ob sich das wird durchführen lassen. Die Genossenschaften sind nun einmal da und entwickeln ihre Eigengesetzlichkeit, so dass eine Änderung schwer sein wird.“ Und mit Blick auf die Gablonzer Genossenschaft in Quedlinburg fügte er hinzu: „So steht die Genossenschaft der Gablonzer Hohlglas- und Schmuckwarenindustrie finanziell auf festen Füßen und ihre Leitung kann sehr selbstbewusst auftreten. In ihr sind fast nur Antifaschisten beschäftigt.“²⁸ Auch die Genossenschaft in Dorf Zinna war bei einem monatlichen Umsatz von 140.000 Reichsmark im Dezember 1947 mit großem Abstand die wirtschaftlich leistungsfähigste aller 21 brandenburgischen Umsiedler-Genossenschaften.²⁹

Die Gablonzer waren für ihre Produktion auf qualifizierte Fachkräfte angewiesen, die unter der einheimischen Bevölkerung in der Regel zunächst nicht zur Verfügung standen. Die Genossenschafter bemühten sich daher um den Nachzug von sudetendeutschen Fachkräften in die Orte, in denen sie ihre Industriezweige wiederaufgebaut hatten. SED und Behörden hingegen fürchteten, dass sich die Abschließungstendenzen nicht würden aufbrechen lassen. Die Sorge der SED vor der eigenständigen Organisation der Vertriebenen, vor einem „Staat im Staate“ führte schließlich im Jahr 1949 zur Einstellung sämtlicher Wirtschaftssubventionen für Umsiedler-Genossenschaften. Die ohne Subventionen nicht lebensfähige Mehrheit der Genossenschaften trieb man so in den Konkurs, die produktive Minderheit, zu der auch die Genossenschaft in Dorf Zinna gehörte, durch Umwandlung in volkseigene Betriebe zur Selbstgleichschaltung. Im Falle der Umwandlung der Genossenschaft in einen VEB mussten die bisherigen Vertriebenenbetriebe sich einheimischen Erwerbstätigen öffnen und ihre Belegschaften heterogenisieren. Am 1. Januar 1950 wurde auch die Genossenschaft in Dorf Zinna in einen volkseigenen Betrieb umgewandelt und hieß fortan VEB Gablona.

Der Schlag gegen die Selbstinstitutionalisierung und -ghettoisierung der Umsiedler in eigenen Genossenschaften brachte das erwünschte Ergebnis. Wirtschaftlich äußerst erfolgreiche Betriebe öffneten sich einheimischen Mitarbeitern.³⁰ Ende der 1950er Jahre hatte die Zahl der Beschäftigten des Betriebes mit fast 500 die der Einwohner Neuheims (um die 400) übertroffen. Ende der 1980er Jahre zählte die Belegschaft mit 900 Mitarbeitern, allerdings inklusive der auswärtigen Betriebsteile, fast das Dreifache der Einwohnerzahl. Seit den 1960er Jahren war der VEB Gablona Leitbetrieb der Schmuckindustrie in der DDR und unterhielt Exportverbindungen in 40 Länder.

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit brachte den Neuheimern Anerkennung und die gemeinsame Arbeit im Betrieb förderte die Integration der Neuankömmlinge, wie auch die Zeitzeugin Marie Staffen zu berichten weiß:

„Durch den Betrieb ist dann der Ort ja auch sehr anerkannt worden, weil ja rundherum viele Arbeit gefunden haben. Und die haben ja ausgestrahlt überall hin [...]. Gablona-Leute mussten hin, und wenn es auf den Acker war, Kartoffeln lesen, da

mussten sie raus aus dem Betrieb und mussten auf den Acker und mussten ihnen helfen. Ja, das war so. Und Wochenende, da war immer Einsatz, da war immer Einsatz, an jedem Wochenende, auch manchmal Sonntag. Ja, da musste die Straße, das musste alles gemacht werden in Eigeninitiative. Der Badeteich, was haben da die Menschen für Stunden Einsatz gemacht.“

Die DDR-typische Organisation des Freizeitens im Rahmen des Betriebsalltags, die auch im VEB Gablona gepflegt wurde, förderte gleichzeitig die Aufnahme gesellschaftlicher Beziehungen zwischen Sudetendeutschen und Brandenburgern. Dass es darüber hinaus auch vermehrt zur Heirat zwischen Angehörigen beider Bevölkerungsgruppen kam, wissen die Jüterboger Zeitzeuginnen zu berichten.

Ein entscheidender Faktor für die Integration war, dass die Sudetendeutschen in die neue Heimat etwas Eigenes einbringen konnten. Wenn auch der Verfasser der Neuheimer Dorfchronik in den 1960er Jahren in parteitreuem Gehorsam gegenüber der Integrationspolitik der SED feststellte: „An Bräuchen und Sitten aus der alten Heimat hat sich nichts erhalten“³¹, vergaß er doch etwas Wesentliches. Die Kunst der Schmuckwarenherstellung brachten die Umsiedler mit und nützten damit nicht nur sich, sondern auch der DDR-Wirtschaft.

Was die politische Integration angeht, so nahmen binnen weniger Jahre sudetendeutsche Genossen aus Neuheim durchaus politische Posten auch außerhalb des Dorfes ein. Nicht zufällig erwuchs diese politische Elite auch aus den Geschäftsführungen der Umsiedlergenossenschaften, da sie auf lokaler Ebene bereits Politik im Sinne ihrer Klientel betrieben hatten. Einige jüngere Neuheimer gelangten über die nahe gelegene Verwaltungsakademie Forst Zinna in den Staatsapparat der DDR.

VI.

Die meisten der noch lebenden Neuheimer, vor allem aber die Jüngeren unter ihnen, die bei der Ankunft noch im Kindesalter waren, werden sich heute wohl als integriert bezeichnen. Einzelne Indizien dafür, dass sich die Grenze zwischen dem ‚Wir‘ und dem ‚Ihr‘ bis heute erhalten hat, sprechen nicht unbedingt dagegen. Fragt man hingegen nach dem Erfolg des Versuches, Politik über die Antifa-Umsiedler ins dörfliche Milieu hinein zu vermitteln, so muss man diesen Versuch der unmittelbaren Steuerung von oben als gescheitert betrachten. Einerseits waren die Antifa-Umsiedler keine in sich homogene Gruppe politischer Kader. Disziplinierung und Politisierung mussten erst einmal nach innen erfolgen. Hier erwiesen sich die Exklusivität von Dorf Zinna und das soziale Gefüge aber als erfolgreich. Andererseits waren die – ausdrücklich auch politischen – Abstoßungstendenzen zwischen Einheimischen und Fremden ständig vorhanden und behinderten eine politische Beeinflussung der einheimischen Bevölkerung im Sinne der SED-Führung. Dazu zählte auch, dass die Umsiedler zunächst keine „Anrechte“ auf den Zugang zu Ressourcen und Positionen hatten. Integration erfolgte erst durch die Öffnung des von den Neuankömmlingen gegründeten Betriebes VEB Gablona. Arbeitsaufnahme, gesellschaftlicher Verkehr, schließlich Heirat bildeten einen Integrationsprozess ab – schematisch auch mit den Stufen Kommerzium, Komensalität, Konnubium beschrieben –, der letztlich immer einer lebensweltlichen Selbststeuerung unterliegt.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Anthony Giddens, *Konsequenzen der Moderne*, Frankfurt am Main 1996, 33.
- 2 Vgl. Bundenarchiv (BArch) DO2/75246/51, Bl. 207.
- 3 Vgl. dazu ausführlich Heike van Hoorn, *Neue Heimat im Sozialismus. Die Umsiedlung und Integration sudenteutscher Antifa-Umsiedler in die SBZ/DDR*, Essen 2004, bes. 61–93.
- 4 Vgl. hierzu Theodor Schieder (Hg.), *Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa*, Bd. IV/2, Bonn 1957, 521.
- 5 Landesarchiv (LA) Merseburg SED-Bezirksparteiarchiv (BPA) Halle V/6/33/6, Bl. 53.
- 6 Vgl. Günter Benser/Hans-Joachim Krusch (Hg.), *Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland (1945/1946) 2: Protokolle der erweiterten Sitzungen des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD, Juli 1945 bis Februar 1946*, München 1994, 420.
- 7 Benser/Krusch, *Dokumente*, wie Anm. 6, 422.
- 8 Vgl. etwa Albrecht Lehmann, *Im Fremden ungewollt zuhaus. Flüchtlinge und Vertriebene in Westdeutschland 1945–1990*, München 1991, 57: „Wer im Lager leben musste, blieb von der einheimischen Bevölkerung weitgehend isoliert. Die Insassen lebten vielfach als Diskriminierte, wie Lagerbewohner überall.“
- 9 Vgl. Brandenburgisches Landesarchiv (BLHA) Rep. 250 Landratsamt Luckenwalde Nr. 233, o.P. Stärkste Partei in Jüterbog war die LDP. Ähnlich miserabel waren die Wahlergebnisse für die SED im benachbarten Dorf Grüna. Landtagswahlen: 35,1 Prozent, Kreistagswahlen 36,9 Prozent. Vgl. ebd.
- 10 Vgl. Mathias Beer, *Lager als Lebensform in der deutschen Nachkriegsgesellschaft. Zur Neubewertung der Funktion der Flüchtlingslager im Eingliederungsprozess*, in: Jan Motte/Rainer Ohliger/Anne von Oswald (Hg.), *50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung. Nachkriegsgeschichte als Migrationsgeschichte*, Frankfurt am Main 1999, 72–73.
- 11 Gemeint ist hier die Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei (DSAP).
- 12 Vgl. Hans Schmutzer, „...aufstanden aus Ruinen“. *Geschichte des Dorfes Zinna/Neuheim, Neuheim o.J. [1966]*, 21.
- 13 Vgl. ebd., 30.
- 14 Vgl. Ralf Dahrendorf, *Der moderne soziale Konflikt. Essay zur Politik der Freiheit*, Stuttgart 1992, 28.
- 15 Vgl. Schmutzer, wie Anm. 12, 30.
- 16 Vgl. zu diesem Thema Alfred Schütz, *Der Fremde. Ein sozialpsychologischer Versuch*, in: ders., *Gesammelte Aufsätze II: Studien zur soziologischen Theorie*, herausgegeben von Avid Brodersen, Den Haag 1972, 53–69.
- 17 Vgl. Marita Krauss, *Das „Wir“ und das „Ihr“: Ausgrenzung, Abgrenzung, Identitätsstiftung bei Einheimischen und Flüchtlingen nach 1945*, in: Dierk Hoffmann u. a. (Hg.), *Vertriebene in Deutschland: interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven*, München 2000, 27–39.
- 18 Vgl. Andreas Lüttig, *Fremde im Dorf. Flüchtlingsintegration im westfälischen Wewelsburg 1945–1958*, Essen 1993, 213.
- 19 Gemeint ist der Ort Kloster Zinna zwischen Luckenwalde und Jüterbog.
- 20 Die Vereinigung von KPD und SPD war am 22. April 1946 vollzogen worden.
- 21 Vgl. Schmutzer, wie Anm. 12, 23.
- 22 Vgl. Erich Lange, *Umsiedler im Produktionsprozess*, in: *Die Wirtschaft 3 (März 1948)*, 81; Steffi Kaltenborn, *Herausbildung und Entwicklung der Umsiedlergenossenschaften in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg. Dargestellt am Beispiel der Ansiedlung der Gablonzer Industrie im Kreis Gotha*, in: Manfred Wille/Johannes Hoffmann/Wolfgang Meinicke (Hg.), *Sie hatten alles verloren. Flüchtlinge und Vertriebene in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands*, Wiesbaden 1993, 178.
- 23 Vgl. Schmutzer, wie Anm. 12, 14.
- 24 Vgl. Lothar Fischer, *Neuheim – Eine Heimatstadt des Friedens*, in: *Heimatkalender für den Kreis Jüterbog 1986*, 21.
- 25 Vgl. Schmutzer, wie Anm. 12, 68.
- 26 BArch DO1–10 Nr. 60, Bl. 95.
- 27 Vgl. BLHA Rep. 203 Nr. 1075, Bl. 113.
- 28 *Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch) DY 30/IV 2/1.01/41*, Bl. 140.
- 29 Vgl. BLHA Rep. 203 Nr. 1075, Bl. 113.
- 30 Vgl. Schmutzer, wie Anm. 12, 74.
- 31 Schmutzer, wie Anm. 12, 17.